

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

vol. XXXVI 2-2020

VENEZUELA: UTOPIEN UND KRISEN

Schwerpunktredaktion: Jonathan Scalet, Lukas Schmidt

Published by:
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

Inhalt

- 4 JONATHAN SCALET, LUKAS SCHMIDT
Venezuela: Utopien und Krisen
- 29 STEFAN PETERS
Zur Politischen Ökonomie von Rentengesellschaften:
Die Bolivarianische Revolution in Venezuela
- 55 MARGARITA LANGTHALER
Bildung und Gegenhegemonie in peripheren
Transformationsprozessen: Das Beispiel der bolivarianischen
Bildungspolitik in Venezuela

Essays

- 82 MARTHA LÍA GRAJALES
Populäre Macht in Venezuela
- 92 REINALDO ITURRIZA LÓPEZ
Der Einbruch des anderen Venezuela:
Zu den historischen Ursprüngen des Chavismus
- 108 MANUEL AZUAJE REVERÓN
Konservatives Zaumzeug im Ursprung der Bolivarianischen
Revolution: Vom libertären Aufstand zum ‚Weg über die Wahlen‘

Digital

- GERARDO ROJAS
Zwischen demokratischem Sozialismus und Bürokratisierung:
Zur Lage des Chavismus am Beginn des neuen Jahrzehnts
- 121 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 125 Impressum

Essay

MANUEL AZUAJE REVERÓN

Konservatives Zaumzeug im Ursprung der Bolivarianischen Revolution: Vom libertären Aufstand zum ‚Weg über die Wahlen‘

1. Einleitung

Der folgende Text beleuchtet die ersten Jahre der Bolivarianischen Revolution und zeichnet ihre demokratiepolitischen Konzepte und Transformationsstrategien nach, um verständlich zu machen, wie der Prozess der Machtergreifung über die Teilnahme an den Wahlen von 1998 das Schicksal des Projekts bestimmt hat. Die hier gewählte Perspektive ermöglicht den Leser*innen, sich den ursprünglichen Ansätzen zur Machtergreifung, zur verfassungsgebenden Versammlung und zur radikalen Demokratie während der Formierung der „Bolivarianischen Bewegung 200“ (*Movimiento Bolivariano 200, MBR-200*) und ihrer Umwandlung zur „Bewegung für die V. Republik“ (*Movimiento Quinta República, MVR*)¹ anzunähern. Dabei werden einige Schwachstellen der Bolivarianischen Revolution deutlich, die in der schweren Krise und den inhärenten Widersprüchen der heutigen chavistischen Regierung zum Ausdruck kommen.

2. Ein Aufstand gegen die liberale Demokratie

Das politische System Venezuelas wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von einem Regierungsarrangement zweier Parteien dominiert, das als „Punto-Fijo-Pakt“² bekannt geworden ist. Dieses Bündnis erzeugte die Illusion eines stabilen demokratischen Systems, das

sich inmitten eines von Militärdiktaturen und bewaffneten Konflikten geplagten Kontinents erfolgreich entwickelte. Im Februar 1989 wurde diese Illusion allerdings grundlegend zerschlagen: Ein Volksaufstand, der sogenannte *Caracazo*³, enttarnte den nackten Kaiser, und Venezuela verlor seinen Status als ‚Musterbeispiel der lateinamerikanischen Demokratie‘. Da der Staat mit Repression auf den Aufstand reagierte, griff in der Folge am 4. Februar 1992 eine Gruppe von Offizieren unter Führung von Oberstleutnant Hugo Chávez Frías zu den Waffen. Zwar scheiterte dieser Putschversuch, doch setzten diese beiden Ereignisse das politische System schachmatt und leiteten das Ende des 1958 eingeführten Zweiparteienregimes ein (Ellner 2014; Bracamonte 2015; Chávez Frías 2014a).

In den Tagen und Monaten nach den Ereignissen des 4. Februar 1992 erläuterte Chávez die Gründe für den Aufstand und übte vernichtende Kritik am bestehenden demokratischen System des Landes. In einem Gespräch mit José Vicente Rangel⁴ beschrieb er das, was Venezuela erlebte, als „wahrhafte Tyrannei“ (Rangel 2013: 40f.) und behauptete, dass sich hinter der Figur des damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez weiterhin „das gleiche dominante Machtschema im politischen und ökonomischen Bereich“ verberge, das im Rahmen des Punto-Fijo-Arrangements etabliert worden war. In einer Reihe von Gesprächen mit dem Historiker und Intellektuellen Agustín Blanco Muñoz ging er wiederum auf die liberale Demokratie als Ganzes ein, wobei er bekräftigte, dass „ihre Zeit vorbei“ sei und sowohl der *Caracazo* als auch der Putschversuch von 1992 „das Ende eines Paradigmas, der liberalen Demokratie und ihrer Epoche“ (Blanco Muñoz 1998: 120f.) besiegelten. Wir können daher feststellen, dass am Ursprung der Bolivarianischen Revolution eine radikale Kritik an der liberalen Demokratie als ein auf exklusiver Herrschaft basierendes Elitensystem stand.

Allerdings speiste sich der Umsturzversuch nicht allein aus der Kritik am bestehenden System. Eines der einflussreichsten Dokumente jener Zeit war der „Nationale Plan Simón Bolívar“ (*Plan Nacional Simón Bolívar*), auch bekannt als „das blaue Buch“ (*El libro azul*). Dieser 1991 verfasste programmatische Text bildete den Ausgangspunkt für eine Transformationsstrategie, die fortan den gesamten politischen Prozess leiten sollte. Vor der Notwendigkeit, ein „originäres Gesellschaftsmodell“ (Chávez Frías 2013a: 63) aufzubauen, wurde darin ein neues Paradigma für das Regie-

runssystem etabliert, das auf einem Modell der „partizipativen Demokratie“ basieren sollte (ebd.: 74ff.). Dieses müsse

„über die nötigen Mechanismen, Wege, Organe und Verfahren verfügen, die es den nationalen Mehrheiten ermöglichen, tatsächlich die Kontrolle auszuüben, sich zu beteiligen und eine führende Rolle im politischen Entscheidungsprozess zu spielen“ (ebd.: 75).

Im Moment, als das Modell der liberalen Demokratie tödlich verwundet war, bestand eines der dringlichsten Ziele darin, den Inhalt der Demokratie neu zu bestimmen, um zu einer anderen Form zu gelangen, „deren Institutionen und Verfahren weit über die Hemmnisse und den bescheidenen Daseinzustand hinausgehen, zu denen die populistischen Regierungen die Demokratie in Lateinamerika gebracht haben“ (ebd.: 75). Hugo Chávez betonte in diesem Zusammenhang die „Grenzen der repräsentativen Farce“ (ebd.: 76) und die Notwendigkeit, „neue partizipative Räume [zu] erobern“ (ebd.). Später, im nächsten Punkt des „Nationalen Plans Simón Bolívar“, kritisierte er das begrenzte Partizipationsverständnis der „populistische[n] Parteien“ (ebd.), welches verhindere, dass die Zivilgesellschaft tatsächlich Entscheidungsmacht erhalte. Angesichts dieser Limitierungen kommt von diesem Moment an ein ergänzender Begriff ins Spiel, den wir hier bisher bewusst weggelassen haben: Chávez spricht nun nicht mehr bloß von einer partizipativen, sondern auch ‚protagonistischen‘ Demokratie. Wenn die Teilhabe begrenzt oder zu einer leeren Hülle wird, die allein auf die Kontrolle der Machtinstitutionen durch sterile, wirkungslose Mechanismen abzielt, so lasse sich dem entgegenwirken, indem man ihr einen ‚protagonistischen‘ Charakter verleihe. Aber was bedeutet dieser ‚Protagonismus‘?

In Chávez’ Worten muss „die ‚einfache Bevölkerung‘ – *el pueblo* – als konkreter Sitz der Souveränität ihre potenzielle Macht immer bereithalten, um jederzeit und in jedem politischen Bereich aktiv eingreifen zu können, um Schäden rechtzeitig zu beheben, Fehlentwicklungen zu korrigieren oder Transformationen einzuleiten, die die Gesellschaft in der von ihr selbst bestimmten strategischen Ausrichtung voranbringen“ (ebd.: 77).

Diese protagonistische Demokratie sollte in dem Maße möglich werden, in dem „die notwendigen Kanäle“ geschaffen werden, durch die

die einfache Bevölkerung „eine gestaltende Rolle und echte Entscheidungsmacht ausüben kann“ (ebd.). Dass diese Idee bereits am Ursprung des Prozesses stand, ist grundlegend, denn innerhalb der Bolivarianischen Revolution wurden von 1999 an verschiedene solcher Kanäle populärer Macht geschaffen: von den kommunalen Ausschüssen zur partizipativen Verwaltung der Wasserversorgung (*mesas técnicas de agua*) 1999 bis zum „kommunalen Staat“ (*Estado comunal*)⁶ im Jahr 2010. In gewisser Weise könnte man sagen, dass die Radikalität des bolivarianischen Projekts und seiner Umsetzung an der Kraft und konkreten Wirksamkeit dieser Instrumente gemessen werden kann. Durch die partizipative und protagonis-tische Demokratie ist das Projekt des Sozialismus – verstanden als Weg zur Überwindung des Kapitals – in Form der Comunas als organischer Ausdruck einer neuen Gesellschaft konkret geworden. Deshalb hat Hugo Chávez 2012 in seinen letzten Reden Nicolás Maduro die Comuna als sein Lebenswerk anvertraut, und der gesamte Präsidentschaftswahlkampf jenes Jahres stand unter dem Motto „*Comuna o Nada*“ („Kommune oder Nichts“).

Die Idee, die liberale Demokratie durch eine partizipative und prota-gonistische Demokratie zu ersetzen, ist also bereits in der Entstehungsgeschichte des chavistischen Projekts und der Bolivarianischen Revolution präsent. Wie wir sehen werden, wurden die Spielräume populärer Macht sowie der Grad der politischen Radikalität der Regierung insgesamt aller-dings durch die Kräfteverhältnisse und Machtstrategien innerhalb der politischen Führung bestimmt. Dies lässt sich schon in den Anfangsjahren des Projekts beobachten, als die Art und Weise der konkreten Durchfüh-rung diskutiert wurde.

3. Der libertäre Aufstand und die radikale Demokratie unter Berücksichtigung eines wenig bekannten Dokuments

Nachdem Carlos Andrés Pérez mit militärischen Mitteln „vorerst“ (*por ahora*)⁷ nicht zum Rücktritt vom Präsidentenamt gezwungen werden konnte, verstärkte sich die Kooperation zwischen systemkritischen Zivilist*innen und Militärs. In der Folge vertiefte sich der Öffnungsprozess der ursprünglich aus den Reihen der Armee hervorgegangenen

aufständischen Bewegung, und die Anfang der 1980er Jahre noch als rein militärische Organisation gegründete „Bolivarianische Revolutionsarmee 200“ (*Ejército Bolivariano Revolucionario-200, EBR-200*) wurde endgültig zum zivil-militärischen Bündnis der „Bolivarianischen Bewegung 200“ (*Movimiento Bolivariano 200*) transformiert.

In den ersten Monaten ihrer Entstehung versuchte die Bewegung Grundzüge eines Programms zu entwickeln, das eine Strategie zur Übernahme der Regierungsmacht unter den bestehenden Verhältnissen skizzieren sollte. So entstand der „Entwurf der programmatischen Erklärung des MBR-200“ (*Proyecto de Declaración Programática del MBR-200*) (Chávez Frías et al. 2018).

Dieser Text ist von großer Bedeutung für das Verständnis der Frühgeschichte des Chavismus, denn er zeigt die Radikalität, die in der ursprünglich noch aufständischen Strategie enthalten war, ehe die Bewegung die Entscheidung traf, bei Wahlen anzutreten, und verdeutlicht seinerseits die Beziehung zwischen dem strategischen Zielhorizont der Transformationen und dem Weg, durch den diese erreicht werden sollten. Schon in den ersten Zeilen des Dokuments wurde klargestellt, dass sich die Situation nur durch einen „popularen Aufstand“ ändern lassen könnte, „der auf dem Höhepunkt einer fundamentalen nationalen Krise – ausgehend vom *barrio*⁸ bis hin zur nationalen Ebene – die Macht übernimmt und Organe errichtet, die direkt den Massen verpflichtet sind“ (ebd.: 73).

In der Folge entfaltet der Text eine Rhetorik, die an die Pariser Kommune und die libertären Texte des 19. Jahrhunderts erinnert. Er fordert „ein Regime, in dem die einfache Bevölkerung – *el pueblo* – in jedem Augenblick die bestimmende Kraft ist“ und stellt eine Struktur vor, die darauf basiert, dass

„der Aufstand ein System von Macht- und Entscheidungsorganen bildet, die von der lokalen *barrio*-Versammlung ausgehend bis zum Nationalen Regierungsrat reichen, wobei letzterer das höchste Organ in der Exekutivhierarchie ist. Auf den primären Ebenen – dem *barrio*, der Gemeinde, der Stadt – sollten die Machtorgane von den Massen selbst geschaffen werden. Diejenigen der höheren Hierarchieebenen, vom Staat bis zur Nation, sollen aus Versammlungen entstehen, die von der Basis gewählt werden, deren Mitglieder aber weder permanent sein werden, noch irgendein Gehalt beziehen, um Bürokratisierung und Entfrem-

„dung von den Anliegen der einfachen Bevölkerung – des *pueblo* – zu verhindern“ (ebd.: 74).

Nach dieser Diagnose würde die Krise der „oligarchischen Demokratie“ (ebd.) über den Weg des zivil-militärischen Aufstandes schließlich zur Entstehung eines *popularen Staates* im eben beschriebenen Sinn führen. In diesem würde „das politische System der direkten Demokratie, das die Massen durch die Entwicklung ihrer eigenen Machtorgane erschaffen, als kohärente Struktur funktionieren“ (ebd.: 76f.). Die Ausgestaltung der direkten Demokratie als Grundlage des *popularen Staates* wäre demnach also wesentlich durch den Aufstand als konstituierenden politischen Akt bestimmt. Wenn die radikale rätedemokratische Staatskonzeption des MBR-200 aber auf der Strategie des Aufstandes beruht, dann müssen spätere Änderungen dieser Strategie in der Folge auch den Charakter der demokratiepolitischen Konzepte und Modelle beeinflussen. Und tatsächlich sollte in den folgenden Jahren nie wieder ein solch radikaler Diskurs geführt werden. Diese Ent-Radikalisierung des bolivarianischen Projekts – so die These – ist nicht zuletzt auf den Einfluss moderater Figuren in Chávez' Gefolge zurückzuführen und auf alternative Überlegungen zur Machtergreifung, die auf gemäßigtere Strategien als den ursprünglichen Plan des militärisch-zivilen Aufstands abzielten.

4. Die verfassungsgebende Versammlung und der ‚Weg über die Wahlen‘

Nachdem er 1994 aus dem Gefängnis entlassen wurde, widmete sich Hugo Chávez ganz der Bildung einer nationalen Bewegung. Er hatte die Strategie des Aufstandes nicht aufgegeben und plädierte weiterhin für den Boykott von Wahlen. Im Gegensatz zu späteren Darstellungen war Hugo Chávez aber nicht die unumstrittene Führungsfigur dieses Prozesses und musste die strategische Ausrichtung mit anderen Personen und Gruppierungen ausfechten, die für die politische Eingliederung in das bestehende System, die Teilnahme an Wahlen und die Annahme von Ämtern plädierten (Sánchez Otero 2014). Die Wahlen von 1995 hatte der MBR-200 unter dem Slogan „Vorerst ... für niemanden. Verfassungsgebende

Versammlung jetzt!“ (*Por ahora ... por ninguno. ¡Constituyente ya!*)⁹ noch boykottiert. Während dieser ersten Jahre nach der Gefangenschaft reiste Chávez durch das ganze Land und propagierte weiterhin seine aufständische Position, hinter der er einen großen Teil der antisystemischen Militanz vereinen konnte.

In gewisser Hinsicht handelt es sich beim „Entwurf der programmatischen Erklärung des MBR-200“ aber auch um einen untypischen Text. Denn die Forderung nach einer verfassunggebenden Versammlung, die Chávez in anderen Kontexten als Kern seines Programms propagierte, findet hier keine direkte Erwähnung. Von Anfang an war das fundamentale Ziel die Neugründung der Republik und nicht eine bloß partielle Reform des Systems. Eine solche radikale Transformation hätte durch den Sturz des damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez mit militärischen Mitteln, durch den Druck der Straße oder durch einen Volksaufstand eingeleitet werden können, dies aber immer verbunden mit der Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung. Wie bereits erwähnt, stellte sich die Bewegung zunächst dagegen, bei Wahlen anzutreten, nichtsdestotrotz sollte sie 1997 zur politischen Partei werden. Wie ist das passiert? Es war kein einfacher Wandel. Von Beginn an nahm der militante Flügel die Entscheidung zum Wahlantritt negativ auf, und die bisherigen Erfolge auf organisatorischer Ebene wurden fast vollständig zunichte gemacht.

Die Idee, die Macht mittels eines Sieges bei den Präsidentschaftswahlen 1998 zu übernehmen, begann ab 1996 zu reifen. Es ist sonderbar, dass einige der Personen, die diese Strategie vorantrieben (unter ihnen etwa Luis Alfonso Dávila und Luis Miquilena¹⁰), in den ersten Jahren der Regierung noch Schlüsselpositionen innehatten, sich aber bald ab- und (mit dessen zunehmender Radikalisierung) fundamental gegen den Prozess wandten (ebd.: 396). Dieser Strategiewechsel war kein unbedeutender Schritt; viele fürchteten die Absorption der Bewegung durch das etablierte System und warnten davor, dass die Öffnung auch den Eintritt vieler Opportunist*innen ermöglichen würde. Hugo Chávez reiste durch das Land, der MBR-200 hielt eine dreitägige Versammlung ab und schließ-

lich wurde im April 1997 die „Bewegung für die V. Republik“ (*Movimiento Quinta República, MVR*) geboren. Das Schicksal der Bolivarianischen Revolution sollte für immer von dieser Entscheidung geprägt sein.

Zwischen 1997 und 1998 wurde der „Patriotische Pol“ (*Polo Patriótico*) als klassenübergreifende Wahlplattform aufgebaut, der sich von der Kommunistischen Partei Venezuelas bis hin zu Mitte-Rechts-Organisationen unterschiedliche Gruppierungen anschlossen. Die Transformation von einer Bewegung zur Partei führte zu zahlreichen internen Konflikten, und in der Folge wandten sich einige Schlüsselfiguren, die die Strategie des Aufstandes unterstützt hatten, von dem Projekt ab (Sánchez Otero 2014: 403). Diese strategische Entscheidung sollte die politische Orientierung des Prozesses entscheidend verschieben.

Dementsprechend manifestierte sich die neue Konstellation auch in Hugo Chávez' Wahlprogramm mit dem Titel „Hugo Chávez' Vorschlag zur Transformation Venezuelas“ (*La propuesta de Hugo Chávez para transformar Venezuela*), das bereits mit dem Untertitel „eine demokratische Revolution“ (*una revolución democrática*) auf die veränderte strategische Ausrichtung verweist. Darin werden fünf Pfeiler für den Übergang ins 21. Jahrhundert vorgeschlagen. Der erste dieser Pfeiler bezieht sich auf das politische System und enthält als zentrales Element die Forderung nach einer verfassunggebenden Versammlung zur „Konstituierung einer partizipativen Demokratie“. Ein weiteres Element des politischen Pfeilers ist die direkte Demokratie, die hier allerdings bereits auf die Instrumente der „Volksinitiative“ (*iniciativa popular*) und des Referendums¹¹ reduziert wird. Während des verfassunggebenden Prozesses sprach Chávez im Jahr 2000 bereits von einer „repräsentativen, partizipativen und protagonistischen Demokratie“ (Chávez Frías 2013b: 77), und ein Jahr später sollte er vor der Nationalversammlung schließlich „die repräsentative Demokratie [als] essenziellen Bestandteil der Demokratie“ (ebd.: 203) bezeichnen. Diese Verschiebung in den Konzepten und Begrifflichkeiten ist Ausdruck des Übergangs von einer aufständischen Strategie mit radikaldemokratischer Zielsetzung hin zum ‚Weg über die Wahlen‘, also einem elektoralen Projekt, das sich auf die Neugründung bzw. Reform des liberalen Staates beschränkte.

5. Conclusio

Die Formierung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses beeinflusste das chavistische Projekt und bestimmte die Art der Institutionalisierung der Bolivarianischen Revolution. Doch während die Regierung in den ersten Jahren einen moderaten Diskurs pflegte und mit dem (sozialliberalen) dritten Weg kokettierte, vollzog Chávez im Laufe der Zeit eine schrittweise Rückkehr zu den radikaleren Konzepten der Anfangsjahre. So stellte der Präsident während der Kampagne für seine Wiederwahl 2006 fest: „Es ist nicht das Gleiche, von einer demokratischen Revolution zu sprechen wie von einer revolutionären Demokratie. Das erste Konzept enthält ein Zaumzeug wie bei einem Pferd. Es handelt sich um eine Revolution, ja!, aber eben um eine demokratische. Diese Einschränkung wirkt wie ein konservativer Bremsklotz. Das zweite Konzept dagegen hat befreienden Charakter. Die revolutionäre Demokratie wirkt als Startschuss, sie ist wie ein Pferd ohne Zaumzeug: Revolutionäre Demokratie – Demokratie für die Revolution“ (Chávez Frías 2014b: 90).

Zugleich verschwand der repräsentative Charakter der Demokratie aus Chávez' Diskurs und machte einer stärkeren Betonung der partizipativen und protagonistischen Elemente Platz. Die meisten Analyst*innen beschreiben diese Radikalisierung der Bolivarianischen Revolution als Reaktion auf den Putschversuch von 2002, den Erdölstreik 2003 und weitere Angriffe auf das chavistische Projekt¹². Im Lichte der in diesem Beitrag kurz analysierten Texte erscheint diese Entwicklung dagegen vielmehr als Rückkehr zu einer aufständischen Radikalität, die bereits die Gründung des MBR-200 und die ersten Jahre nach Chávez' Freilassung bestimmte. Diese anfängliche Radikalität wurde erst mit der Entscheidung für eine elektorale Strategie und der entsprechenden Bildung eines klassenübergreifenden Bündnisses eingedämmt. In der Folge verschärften sich die Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Interessen und Visionen innerhalb des politischen Führungsapparats der Bewegung. Die elektorale Strategie einer demokratischen Revolution, so scheint es, bildet die Achillesferse des chavistischen Projekts, die sein Potenzial, zu einer revolutionären Demokratie jenseits der kapitalistischen Institutionen zu gelangen, hemmt.

Aus dem Spanischen von Jonathan Scalet und Lukas Schmidt

- 1 Die „Bolivarianische Bewegung 200“ (*Movimiento Bolivariano 200, MBR-200*) war eine Gruppierung von linken Militärs und Zivilist*innen, die sich in den 1980er Jahren rund um den späteren Präsidenten Hugo Chávez innerhalb der venezolanischen Armee formierte und aus der noch rein militärischen Vorgängerorganisation der „Bolivarianischen Revolutionsarmee 200“ (*Ejército Bolivariano Revolucionario 200, EBR-200*) hervorging. 1992 unternahm das MBR-200 zwei Putschversuche, um das delegitimierte politische System zu stürzen. Diese Versuche scheiterten zwar, machten Chávez jedoch im gesamten Land bekannt und bereiteten so den Boden für dessen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 1998. Im Zuge des Wechsels von einer putschistischen zu einer elektoralen Strategie wurde die zivil-militärische Gruppierung des MBR-200 in eine politische Partei unter dem Namen „Bewegung für die V. Republik“ (*Movimiento Quinta República, MVR*) transformiert. Der Name bezieht sich auf die radikale Kritik am bestehenden Modell der IV. Republik und die zentrale Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung zur Neugründung der Republik (Tinker Salas 2015: 122-126; 132-137) (Anm. d. Übersetzer).
- 2 Nach dem Sturz der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez 1958 teilten sich die sozialdemokratische „Demokratische Aktion“ (*Acción Democrática, AD*) und die christdemokratische COPEI im Rahmen des sogenannten „Punto-Fijo-Pakts“ die Macht im Land und etablierten in der Folge das Gesellschaftsmodell der sogenannten „IV. Republik“ (Tinker Salas 2015: 82-136). Siehe auch die Einleitung zu diesem Heft (Anm. d. Übersetzer).
- 3 Der als *Caracazo* bekannt gewordene Volksaufstand vom 27. Februar 1989 gilt als Wendepunkt in der venezolanischen Geschichte. Als Reaktion auf eine Reihe neoliberaler Sparpakete kam es in jenen Tagen ausgehend von den Armenvierteln der Hauptstadt Caracas zu massiven Rebellionen und Plünderungen in mehreren Städten, die von der Regierung blutig niedergeschlagen wurden. Dieses Ereignis markiert zum einen den endgültigen Kollaps des damaligen politischen Systems, zum anderen wurde darin erstmals das Potenzial der marginalisierten Bevölkerungsgruppen als Machtfaktor sichtbar (Tinker Salas 2015: 117-122). Siehe auch die Einleitung zu diesem Heft (Anm. d. Übersetzer).
- 4 Der linke Anwalt, Politiker und Journalist José Vicente Rangel betrieb in den 1990er Jahren die Fernsehsendung „José Vicente Hoy“, die mit ihrer Kritik am herrschenden politischen System große Bekanntheit erlangte. Die zitierten Aussagen entstammen mehreren Gesprächen mit Hugo Chávez im Rahmen dieser Sendung. Nach Chávez' Wahlsieg übernahm Rangel zwischen 1999 und 2007 mehrere Regierungsämter (u.a. Vizepräsident) (Anm. d. Übersetzer).
- 5 Der Begriff *pueblo* stellt eine große Herausforderung für die Übersetzung dar. Während die wörtliche deutsche Entsprechung „Volk“ mit häufig biologistisch oder kulturell konnotierten Vorstellungen einer homogenen und exklusiven Gemeinschaft verbunden wird und unweigerlich an die völkischen Konzepte des Nationalsozialismus erinnert, dominiert im lateinamerikanischen Kontext eine deutlich politischere, stark sozialstrukturell bestimmte und klassenanalytisch gebrochene Bedeutung des spanischen *pueblo*. Bezugspunkt ist die alltagssprachliche Bedeutung des *pueblo* im Sinne der „einfachen Leute“, worunter im heutigen Venezuela etwa das informell arbeitende städtische Prekariat, die verarmten

Kleinbauer*innen, Frauen sowie afrovenezolanische und indigene Bevölkerungsgruppen fallen. Damit meint *pueblo* eben nicht eine politische oder ethnische Gemeinschaft der Gleichen, sondern die von dieser Gemeinschaft historisch ausgegrenzte, unterdrückte und häufig rassistisch diskriminierte Bevölkerungsmehrheit. Dieses Konzept des *pueblo* spielt eine Schlüsselrolle im politisch-ideologischen Diskurs des Chavismus, der sich als Projekt versteht, in dem die historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen zum direkten Subjekt gesellschaftlicher Machtausübung werden (Dussel 2013: 91-98; Ciccariello-Maher 2013: 8f.; Kastner 2013). In der Übersetzung der Essays wurde der Begriff mit Formulierungen wie „unterdrückte Bevölkerungsmehrheit“ oder „marginalisierte Bevölkerungsgruppen“ umschrieben und meist um das spanische Original ergänzt. Das von *pueblo* abgeleitete Adjektiv *popular* wurde – etwa in „populärer Macht“, „populärer Chavismus“ – in der spanischen Originalschreibweise belassen, um die eben skizzierte politisch-konzeptionelle Bedeutung im chavistischen Diskurs sichtbar zu halten. Wo die Beiträge – etwa in Bezug auf Verfassungstexte – auf die völkerrechtliche Bedeutung des „Staatsvolkes“ rekurrieren, wurde der Begriff ins Deutsche übersetzt. In den hier zitierten Passagen ist der Begriff ambivalent und schwankt zwischen der Bedeutung des gesamten „Staatsvolkes“ und der klassenspezifisch gebrochenen Bedeutung der bislang ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen (Anm. d. Übersetzer).

- 6 Mit dem Gesetz der Comunas wurde 2010 das Ziel der Errichtung eines räte-demokratisch organisierten „kommunalen Staates“ (*Estado comunal*) gesetzlich festgeschrieben. Ausgangspunkt dieser Entwicklung sind die sogenannten „kommunalen Räte“ (*consejos comunales*), basisdemokratische Nachbarschaftsversammlungen, die bereits 2006 gesetzlich institutionalisiert wurden und die sich selbstorganisiert um die (Ko-)Verwaltung lokalpolitischer Angelegenheiten kümmern. Mit dem Gesetz von 2010 wurden diese um die neue Organisationsform der Comuna ergänzt, in der mehrere kommunale Räte zu größeren Selbstverwaltungseinheiten integriert und mit produktiven Kapazitäten unter basisdemokratischer Kontrolle verbunden werden. Daraus sollte perspektivisch ein landesweites Netzwerk populärer Selbstverwaltung und solidar-ökonomischer Produktion als Basis eines demokratischen Sozialismus der Räte entstehen (Ciccariello-Maher 2016: 15-22) (Anm. d. Übersetzer).
- 7 In einem Fernsehauftritt unmittelbar nach seiner Verhaftung übernahm Hugo Chávez die volle Verantwortung für den Putschversuch und erklärte, dass die Pläne der Aufständischen „vorerst“ (*por ahora*) gescheitert seien. Mit dieser von der alten desavouierten Elite nicht gekannten Haltung und der Verheißung eines künftigen Umsturzes wurde Chávez schlagartig im ganzen Land bekannt und das „*por ahora*“ zur geflügelten Redewendung (Tinker Salas 2015: 122f.) (Anm. d. Übersetzer).
- 8 Als *barrios* werden in Venezuela die zum Teil informellen Siedlungen der marginalisierten urbanen Bevölkerungsgruppen bezeichnet. Sie bildeten historisch zentrale Orte politischer Basisorganisation und stell(t)en eine der wichtigsten Machtbasen des Chavismus dar (Anm. d. Übersetzer).

- 9 Der Slogan „Vorerst ... für niemanden. Verfassunggebende Versammlung jetzt!“ (*Por ahora ... por ninguno. ¡Constituyente ya!*) spielt auf die in Anmerkung sieben erwähnte Aussage von Chávez an, der nach dem Putschversuch von 1992 feststellte, die Ziele des Aufstands „vorerst“ – *por ahora* – nicht erreicht zu haben. Der zweite Teil des Slogans – „für niemanden“ – bezieht sich auf die Kritik des MBR-200 am bestehenden politischen System und auf mehrere Versuche etablierter politischer Kräfte, Chávez und das MBR-200 zu kooptieren und in dieses System zu integrieren. Mit dem Slogan „Vorerst ... für niemanden. Verfassunggebende Versammlung jetzt!“ machte das MBR-200 also deutlich, dass es unter dem bestehenden politischen Institutionengefüge für niemanden kandidieren würde und stattdessen eine Neugründung der Republik durch eine verfassunggebende Versammlung forderte (Ramonet 2013: 646; 651) (Anm. d. Übersetzer).
- 10 Luis Alfonso Dávila war zwischen 2000 und 2001 Minister für Inneres und Justiz und danach bis 2002 Außenminister Venezuelas. Luis Miquilena war Präsident der verfassunggebenden Versammlung von 1999 und Präsident der nationalen Legislativkommission Venezuelas, von 2001 bis 2002 amtierte er als Minister für Inneres und Justiz. Beide gehörten zum moderaten Flügel der Bewegung und verließen diese in Folge der Radikalisierung des Chavismus in Richtung einer sozialistischen Orientierung nach dem Putschversuch der Opposition vom April 2002 (Anm. d. Übersetzer).
- 11 In der 1999 ausgearbeiteten Verfassung wurden diese Forderungen durch eine Reihe direktdemokratischer Instrumente aufgenommen. So wurde das Recht der Bevölkerung verankert, initiativ Gesetzesanliegen einzubringen, sowie das Recht, gewählte Amtsträger*innen per Referendum zur Hälfte ihrer Amtszeit abzuwählen. Diese punktuellen Einflussmöglichkeiten wurden im Laufe der Radikalisierung des chavistischen Regierungsprojekts um Elemente einer rätendemokratischen Staatsarchitektur wie kommunale Räte und Comunas erweitert (siehe Anmerkung sechs), in der politische Entscheidungsmacht permanent von lokal verankerten Versammlungsstrukturen ausgehen sollte (Wilpert 2007: 34f.; 55-64; Ciccariello-Maher 2016: 15-22) (Anm. d. Übersetzer).
- 12 2002 unternahm die venezolanische Opposition zwei großangelegte Angriffe auf die chavistische Regierung. Zwischen dem 11. und 13. April konnte ein medial orchestrierter Staatsstreich rund um den damaligen Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Pedro Carmona durch massive Mobilisierungen der chavistischen Basis im Bündnis mit regierungstreuen Militärs abgewehrt werden. Im Dezember wiederum versuchten oppositionelle Unternehmer*innen und die regierungskritische Managementebene des staatlichen Ölkonzerns PdVSA, Chávez durch mehrwöchige Betriebsaussperrungen aus dem Amt zu drängen, wodurch sie das Land in eine schwere Rezession stürzten (Tinker Salas 2015: 151-163) (Anm. d. Übersetzer).

Literatur

- Blanco Muñoz, Agustín (1998): *Habla el Comandante*. Caracas: Universidad Central de Venezuela.
- Bracamonte, Leonardo (2015): La revolución venezolana. De la imprevista intrusión de la esperanza al Dios que falló de nuevo. Pensar la transición desde otras escalas espacio-temporales. In: López Caldera, Anaís (Hg.): *Transición, transformación y rupturas*. En la Venezuela Bolivariana. Caracas: Celarg/Fundación Rosa Luxemburgo, 13-46.
- Ciccariello-Maher, George (2013): *We created Chávez. A people's history of the Venezuelan Revolution*. Durham/London: Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9780822378938>
- Chávez Frías, Hugo (2013a): *El libro Azul*. Caracas: Ediciones Correo del Orinoco.
- Chávez Frías, Hugo (2013b): *Hugo Chávez. La construcción del socialismo del siglo XXI: Discursos del Presidente ante la Asamblea Nacional (1999–2012)*. Tomo I. Caracas: Fondo editorial William Lara.
- Chávez Frías, Hugo (2014a): *Agenda Alternativa Bolivariana*. Caracas: Ediciones Correo del Orinoco.
- Chávez Frías, Hugo (2014b): *Hugo Chávez. La construcción del socialismo del siglo XXI: Discursos del Presidente ante la Asamblea Nacional (1999–2012)*. Tomo IV. Caracas: Fondo editorial William Lara.
- Chávez Frías, Hugo/Duno, Pedro/Rangel, Domingo Alberto/Vadell, Manuel (2018): *Así empezó todo: entre rejas, proclamas y entrevistas*. Caracas: Vadell Hermanos.
- Dussel, Enrique (2013): *20 Thesen zu Politik*. Berlin: LIT.
- Ellner, Steve (2014): *El fenómeno Chávez*. Caracas: Celarg.
- Kastner, Jens (2013): *pueblo. Probleme einer Übersetzung*. In: MALMOE 62, 24.
- Ramonet, Ignacio (2013): *Hugo Chávez. Mi primera vida. Conversaciones con Ignacio Ramonet*. Barcelona: Random House.
- Rangel, José Vicente (2013): *De Yare a Miraflores el mismo subversivo*. Caracas: Ediciones Correo del Orinoco.
- Sánchez Otero, Germán (2014): *Hugo Chávez y la resurrección de un pueblo*. Caracas: Vadell Hermanos.
- Tinker Salas, Miguel (2015): *Venezuela. What Everyone Needs to Know*. New York: Oxford University Press.
- Wilpert, Gregory (2007): *Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government*. London/New York: Verso.